Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 4 | Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsschluß Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung kostet durch die Post bezogen 1.— Mark für das Vierteljahr. Mitglieder erhalten dieselbe gratis. | Köln, den 22. Februar 1930 Geschäftsstelle Venloer Wall 9 / Fernruf West 57 259 | Anzeigenpreis für die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote kosten die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen: Postscheckkonto 3596 Köln | 27. Jahrg.

Gegen eine Schröpfung der Sozialversicherung

Protest der Gewerkschaften.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, haben am 8. Februar folgende Entschließung angenommen:

„Wie aus der Presse bekanntgeworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogen. „Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung" würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermines würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Oeffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein. Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß."

Zu dieser Angelegenheit schrieb unsere Tageszeitung „Der Deutsche" am 8. Februar in einem Artikel „Das Reichsfinanzministerium auf dem Irrwege" u.a. folgendes:

Nachdem schon wochenlang von gewissen Leuten mit den Fingern auf die Invaliden- und Angestelltenversicherung gezeigt worden ist, mit dem Hinweis, „dort ist noch Geld, um die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung mit den notwendigen Finanzen zu versehen", kommt jetzt der Finanzminister mit offenen Vorschlägen heraus, um sein 700-Millionen-Defizit zu decken. Danach sollen Kredite der Invaliden- und Angestelltenversicherung den Bedarf der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 230 Millionen M. decken.

Wir haben wiederholt auf die Unmöglichkeit hingewiesen, auf einem derartigen Wege zur Gesundung unserer Finanzen zu kommen. Die Invalidenversicherung hat sehr zu ihrem Nachteil schon finanzielle Opfer bringen müssen. Eine weitere Inanspruchnahme des Vermögens der Invalidenversicherung wird unter allen Umständen den stärksten Widerstand der Arbeitergewerkschaften finden. Ebenso entschlossen ist die gesamte Angestelltenschaft gegen eine Heranziehung von Geldern der Angestelltenversicherung. Wir haben in jüngster Zeit wiederholt dargelegt, aus welchen Gründen die Gelder der Invaliden- und Angestelltenversicherung für die Arbeitslosenversicherung nicht angetastet werden dürfen. Es würde jeder Partei äußerst übel bekommen, die sich über die starken Bedenken der Arbeiter und Angestellten in dieser Frage hinwegsetzen würde.

Im übrigen führt eine derartige Finanzierung nur zu einer weiteren Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Auch der Regierung ist es nicht unbekannt, daß die verfügbaren Gelder der Invaliden- und Angestelltenversicherung vornehmlich zur Finanzierung der Bautätigkeit benutzt werden. Es kann angesichts des ohnehin schon so großen Mangels an Baukapital nicht verantwortet werden, eine der besten Quellen für die Finanzierung der Bautätigkeit für die Arbeitslosenversicherung auszuschöpfen.

Neuerdings wendet sich auch der Reichstagsabgeordnete Otto Thiel öffentlich nachdrücklichst gegen die Inanspruchnahme von Mitteln aus der Angestelltenversicherung. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten, Dr. Schröder, tut ein gleiches, er ruft in der neuesten Nummer des Verbandsorgans „Deutsche Invalidenversicherung" sehr energisch: „Hände weg von den kärglichen Mitteln der Invalidenversicherung." Schröder betont, es sei gänzlich unrichtig, von großen Reserven der Landesversicherungsanstalten zu sprechen. Die Anlagen der Landesversicherungsanstalten seien entweder überhaupt nicht flüssig zu machen oder dazu bestimmt, in der allernächsten Zeit das Defizit in den Einnahmen gegenüber den Ausgaben zu decken. Sie können deshalb unmöglich als Darlehen in die Arbeitslosenversicherung hingegeben werden. Es nütze auch nichts, wenn etwa für diesen Fall das Reich das Darlehen garantieren würde. Dr. Schröder weist dann auf die Opfer hin, die die Invalidenversicherung schon bisher infolge der Finanznot des Reiches bringen mußte.

Dieser Widerstand gegen die Pläne der Reichsregierung ist durchaus berechtigt. Selbst wenn die Mittel der Invalidenversicherung nicht so knapp wären, als es der Fall ist, müßten sie zur Einführung von höheren Lohnklassen verwandt werden, damit die jetzt so niedrigen Renten der Invaliden eine Aufbesserung erfahren könnten.

Der Reichsfinanzminister mag sich nach anderen Möglichkeiten umsehen, um das vorhandene Defizit auszugleichen. Es ist wahrlich nicht notwendig, die Massen einmal durch Verbrauchssteuern und erhöhte Tarife zu belasten, und ihnen obendrein noch die Sozialversicherung zu gefährden. Wer den Arbeitnehmern angesichts ihrer jetzt schon so unsicheren Lage auch noch das Gefühl der Sicherheit des Rentenbezuges nehmen will, der muß mit ihrem Aufruhr rechnen. Ebensowenig, wie sich die privaten Lebens- und Altersversicherungen eine Schröpfung gefallen lassen würden, können dieses die Versicherungsanstalten der Arbeitnehmer.

Es darf wohl erwartet werden, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Wissell den kritisierten Plänen des Finanzministeriums mit aller Energie entgegentritt. Wir erinnern ihn erneut an die Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der die Notwendigkeit, die Invaliden- und Angestelltenversicherung unangetastet zu lassen, ausführlich begründet worden ist.

Unsere Verbandsarbeit im Jahre 1929

Der Geschäftsführende Vorstand des Verbandes hat soeben den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1929 fertiggestellt. Im nachfolgenden Artikel sollen Auszüge aus demselben, die von allgemeinem Interesse sind, zur Veröffentlichung gelangen.

Die Schriftleitung.

Vorbemerkungen

In der Volkswirtschaft eines Staates sind die einzelnen Wirtschaftszweige mehr oder weniger ineinander verflochten. Konjunktur und Depression treffen nicht nur einen Teil der Wirtschaft, sondern berühren unmittelbar oder mittelbar alle Wirtschaftseinheiten. Wenn wir deshalb unserem diesjährigen Geschäfts- und Kassenbericht des Verbandes eine größere Betrachtung über die allgemeine Wirtschaftslage vorausschicken, so tun wir das in erster Linie deshalb, weil gerade unser Gewerbe außerordentlich stark von den wirtschaftlichen Schwankungen betroffen wird. In Zeiten wie den gegenwärtigen mit ihren ungünstigen Marktlagen ist es deshalb zweckmäßig, bei den Erörterungen über die Lage des Verbandes nicht die Lage der Gesamtwirtschaft aus dem Auge zu verlieren. Wir wollen ferner durch eine Uebersicht im allgemeinen den Blick schärfen für das Besondere, das uns im Gewerbe begegnet. Und endlich wollen wir auch kurz einige Gesichtspunkte aufzeigen, von denen aus wir die Lage der Gesamtwirtschaft sehen.

I. Die allgemeine Lage

Das Jahr 1929 war für die deutsche Wirtschaft das unübersichtlichste Jahr seit der Markstabilisierung. Ein ungewöhnlich harter Winter, der das ganze erste Vierteljahr jegliche Außenarbeit lähmte, die durch die Unklarheit in der Reparationsfrage und der öffentlichen Finanzgebarung beeinflußte Störung auf dem Geldmarkte und ferner die zu sehr geschwächte Kaufkraft großer Bevölkerungsschichten hemmten sowohl die Produktion als auch den Absatz. Als äußeres Zeichen großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann die riesenhafte Arbeitslosigkeit des Jahres 1929 angesehen werden. Im ersten Vierteljahr erreichte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung 2,5 Millionen, und auch im letzten Viertel wurde diese Zahl fast wieder erreicht. Aber auch selbst in der Mitte des Jahres blieb die Zahl der Unterstützungsempfänger mit etwa 800 000 bedrohlich hoch. Die Folge davon war die bekannte finanzielle Schwierigkeit der Arbeitslosenversicherung, die zu schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen über die sogenannte „Reform" der Versicherung führte.

Wenn wir auch die tatsächlich vorhandene wirtschaftliche Krise erkennen und auch ihre Folgen für das Wirtschaftsleben nicht übersehen, so sind wir doch der Meinung, daß von vielen Wirtschaftsführern die Situation aus Eigeninteressen noch schlimmer geschildert wird, als sie tatsächlich ist. Friedrich Baltrusch hat mehrfach darauf hingewiesen (u. a. in seinem Artikel „Mehr Wahrhaftigkeit" in Nr. 15, 1930, des „Deutschen") und zahlenmäßig belegt, daß der Zweckpessimismus die Unternehmer zu absichtlich irreführenden Meldungen verleite. Nach obigem Artikel des Kollegen Baltrusch war der Baumarkt (der größte der freien Gewerbezweige) nur knapp 10 Prozent weniger als im Vorjahr beschäftigt, die Elektrizitätserzeugung um rund 15 Prozent höher als 1928, die Produktionsziffern für Kohle und Eisen waren höher als im Vorjahr. Der Produktionsindex nach der Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung im Oktober um 25 Prozent höher als im Durchschnitt 1924—1926, und 9 Prozent höher als in 1928. Die Entwicklung des Gesamtumsatzes, Außenhandels, der Konkursziffern usw. ist nicht ungünstig. Die Lebensversicherungen versicherten von 1924 bis 1929 dasselbe Kapital wie in der langjährigen vorkriegszeitlichen Entwicklung. Und diese Beträge sind wahrlich nicht von den wenig leistungsfähigen Arbeitnehmerschichten, sondern in der Hauptsache aus der „Wirtschaft" gegeben worden. Die Spareinlagen betragen gegenwärtig nach diesen Angaben bereits über 10 Milliarden Mark, gegenüber 20 Milliarden vor dem Kriege; — man bedenke: kaum sechs Jahre nach der Inflation.

Die Steinkohlenförderung betrug im Monatsdurchschnitt 1929: 13 580 000 Tonnen gegenüber 12 300 000 Tonnen im Hochkonjunkturjahr 1927; die Braunkohlenförderung 1929: 14 565 000 gegenüber 12 542 000 in 1927. Die Vereinigten Stahlwerke A.G., Düsseldorf, berichten über „verbesserte" Liquidität am Schlusse des Jahres 1929. Der Rohüberschuß betrug dort 1926/27: 280 398 000, 1927/28: 289 172 000 und 1928/29: 284 758 000 RM.; hinzukommt hier für 1929 noch ein im Vorjahr vorweggenommener Betrag von 14 Millionen, so daß eigentlich eine Steigerung von 9 Millionen vorliegt. Auch die Siemens & Halske A.G. brachte günstige Generalversammlungsberichte. Desgleichen berichtet die J. G. Farbenindustrie A.G. im allgemeinen günstig. Auch die Großbanken kommen zu keiner ungünstigen Prognose der Gegenwart und Zukunft. — Wir sehen hier also im allgemeinen gegenüber den in den Provinzblättern aus ersichtlichen Gründen grau in grau gemalten „Wirtschaftsberichten" recht günstige Ergebnisse großer Wirtschaftsgruppen und Gesellschaften.

Demgegenüber will es auch nicht sehr viel besagen, daß 1929 die bar eingezahlten Aktienbeträge um rund 28 Prozent gegenüber 1928 zurückgegangen sind. Diesen Erscheinungen wird man in schwankenden Konjunkturzeiten immer begegnen. Zwar ist auch die Zahl der Konkurse mit 13 095 und der Vergleichsverfahren mit 4940 recht hoch, aber sie bleibt doch hinter denjenigen von 1926 mit 15 829 bzw. 7454 beträchtlich zurück.

Die Hauptursache der gegenwärtigen Depression liegt u. E. in der ungünstigen Entwicklung des Geldmarktes. Hiervon werden aber zunächst weniger die großen Gesellschaften, Banken usw., viel mehr die kleinen und mittleren Wirtschaftsunternehmen betroffen. Und durch sie wieder die große Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Kreditzins ist noch immer viel zu hoch. Er beträgt inklusive Bereitstellungs- und Umsatzprovisionen immer noch 10—11 Proz. für gute Warenwechsel. Und weil der Warenkredit das Blut gerade für die mittleren und kleineren Unternehmungen bildet, deshalb

leiden diese auch besonders unter dem so hohen Zinsfuß. Nun hat allerdings die **Reichsbank** am 13. Januar 1930 den Diskont von 7 auf 6½ und am 4. Februar auf 6 Prozent gesenkt. Das ist noch zu wenig, wie Fr. Baltrusch in Nr. 22/30 des „Deutschen" näher begründet. Die Reichsbank kann aber auch ohne Gefährdung ihres Status noch eine weitere Senkung vornehmen, denn ihre Gold- und Devisendecke ist mit 68 Prozent gegenüber den gesetzlichen 40 Prozent recht hoch. Aber auch eine weitere Senkung des Diskonts der Reichsbank wird nur dann günstige Wirkung auf das Wirtschaftsleben haben, wenn die Privatbanken nicht nur möglichst bald diesem Beispiel folgen, sondern auch ihre sonstigen hohen Provisionen senken. Im anderen Falle verschiebt sich lediglich der Geldgewinn zugunsten der Banken. — Die Hauptforderung der Wirtschaft kann also nur lauten: **her mit anderen, besseren Usancen seitens der Banken!**

Weitere Schwierigkeiten für die Wirtschaft brachte — wie eingangs schon vermerkt — zu Beginn des Jahres die **Unklarheit in der Reparationsfrage**. Sie dürfte mit dem Ergebnis der Verhandlungen im Haag und Paris ihre **vorläufige Lösung** gefunden haben und für die deutsche Wirtschaft eine gewisse Erleichterung bringen. Schlimmer sieht es in der öffentlichen **Finanzwirtschaft** in Reich, Länder und Kommunen aus. Auch vom Arbeiterstandpunkt muß man diese Finanzwirtschaft kritisch betrachten und wesentliche Aenderungen der Bedarfsdeckung und Verwertung der Steuern verlangen. Die christlichen Gewerkschaften haben seit Jahren den Finger an die Wunden gelegt. Leider haben sie von vielen Seiten statt Beachtung grobe Bekämpfung ihrer Mahnungen und Warnungen erfahren. Erst jetzt kommt auch bei anderen die notwendige Erkenntnis, z. B. selbst bei der uns ständig bekämpfenden Sozialdemokratie, deren Abgeordnete jetzt in Sachsen radikale Kürzung der Beamtengehälter verlangen. So weit sind wir nicht gegangen. Wir haben seinerzeit nur vor einer unnötigen Ueberspannung bei der Besoldungsvorlage gewarnt. — Sicher ist, daß diese Frage nicht mit einem Wechsel in der Person eines Finanzministers, sondern nur mit durchgreifenden Maßnahmen zu lösen ist. Dabei hat die Arbeiterschaft sich aber mit aller Macht gegen den **Rückgriff auf die Sozialversicherung und ihre notwendigen Vermögensreserven**, wie er von manchen Seiten vorgeschlagen wird, zu wehren. Es gibt andere und bessere Mittel und leichter tragbare dazu. Wenn schon jemanden etwas genommen werden soll, dann bitte nicht bei den schlecht verdienenden Arbeitnehmern und den für sie geschaffenen Sozialeinrichtungen.

So bietet also das Jahr 1929 vom allgemeinwirtschaftlichen Standpunkt ein außerordentlich unklares Bild. Während es einem Teile der Wirtschaftsunternehmungen recht gut ging, trägt ein anderer Teil außerordentlich schwere Lasten. Aber wie immer noch in der Vergangenheit, wirken sie mittelbar am schwersten für die Arbeiterschaft. Sie trägt die persönliche Not. Die **Sorge um den Arbeitsplatz**, **verkürzte Arbeit und Arbeitslosigkeit** mit ihren Einkommensminderungen, **Sorgen um persönliches Fortkommen und Familienexistenz**. Deshalb müssen wir vom christlichen Standpunkt aus verlangen, daß der „Wirtschaftsführer", der Unternehmer, in solchen Zeiten nicht nur die tote Materie seines Unternehmens, sondern auch in erster Linie die lebendige Persönlichkeit seiner Arbeitskräfte sieht, und auch ihre Notwendigkeiten und Bedürfnisse bei seinen Erwägungen und Maßnahmen in Rechnung stellt. Erst wenn das wieder mehr geschieht, wird ein anderes, besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen möglich sein.

II. Das Bekleidungsgewerbe in der Krise

Wir haben in den letzten Jahren öfters darauf verwiesen, daß unser Gewerbe aus einem **Saisongewerbe** mehr und mehr zu einem **Konjunkturgewerbe** wird. Das zeigt sich in der starken Abhängigkeit von den Schwankungen auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkte. Selbst die Maßschneiderei, die früher reines Saisongewerbe war, macht diese Wandlung mit. Sie war zwischen Ostern und Pfingsten 1929 (früher die Zeit höchster saisonmäßiger Beschäftigung) schlechter beschäftigt als noch im Juli-August 1927/28. In Zeiten höchster Geldknappheit schränkt sich die große Masse der Konsumenten zunächst in der Bekleidung ein, wie sie es auch in ihren Wohnungsansprüchen tun muß. In ihrem Nahrungsbedarf kann sie es meist nicht mehr.

So kam es, daß das Bekleidungsgewerbe 1929 ebenfalls außerordentlich unter der starken Wirtschaftsdepression gelitten hat. Allerdings wurde die Lage für das Gewerbe auch dadurch wesentlich verschlechtert, daß in den voraufgegangenen Jahren eine starke **Ueberproduktion** herrschte. **Das Gewerbe ist mit Beschäftigten** (Arbeitnehmern und Selbständigen) **sehr stark übersetzt**. Dazu kommt, daß die rapide vorwärtsschreitende **Mechanisierung und Rationalisierung** — namentlich in der gesamten Konfektionsindustrie — die Leistungskapazität ganz gewaltig steigert. — Das alles wirkte zusammen, um das Jahr 1929 zu einem der schlechtesten werden zu lassen, die das Gewerbe je gesehen hat; wenigstens für die Arbeiterschaft.

Die **Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit** waren während des ganzen Jahres außerordentlich hoch. Die amtlich gemeldeten Zahlen der **Arbeitsuchenden** (die von denen der Unterstützten wesentlich abweichen) lauten für:

Januar	167 600	Juli	105 845
Februar	133 043	August	98 145
März	108 000	September	86 894
April	96 000	Oktober	84 353
Mai	95 000	November	94 149
Juni	110 792	Dezember	157 729

Ebenso hoch dürften auch die Zahlen der **Kurzarbeiter** sein. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß im Bekleidungsgewerbe noch 135 000 Hausgewerbebetriebe mit etwa 250 000 Beschäftigten vorhanden sind, die weniger als die Betriebsarbeiterschaft von der amtlichen Statistik erfaßt werden, daß ferner im Bekleidungsgewerbe sich ein Teil der Arbeitslosen mit eigener Kundschaftsarbeit in der stillen Zeit durchschlägt, so darf man annehmen, daß alles in allem das Jahr hindurch etwa 30—50 Prozent (zu bestimmten Zeiten sogar noch viel mehr) der Gesamtarbeiterschaft arbeitslos oder in Kurzarbeit war. Da in der amtlichen Statistik unter „Bekleidungsgewerbe" die Schuhmacherei, Herstellung künstlicher Blumen, die Aufbereitung von Bettfedern, Perückenmacherei, das Reinigungsgewerbe und die Hilfsbetriebe mit insgesamt 280 000 Arbeitnehmern enthalten sind, so läßt sich leider nicht genau feststellen, welchen Anteil an der Arbeitslosigkeit die reinen Schneiderei- und Nähereibetriebe haben. Nach dem, was die gewerkschaftlichen Organisationen feststellten, trifft für diese der Satz von 30, schwankend bis zu 50 Prozent bestimmt zu.

Die Bedeutung vorstehender Zahlen wird klarer, wenn wir uns kurz die Struktur des Bekleidungsgewerbes vergegenwärtigen. Nach der Gewerbezählung von 1925 (inzwischen haben sich die Zahlen etwas verändert) wurden beschäftigt in 599 769 Betrieben (darunter 136 176 Hausgewerbebetriebe) 1 427 657 Personen. Die Zahl der Beschäftigten verteilt sich wie folgt:

A. Betriebe und Beschäftigte überhaupt:

1. Betriebe überhaupt	2. Darunter Hausgewerbebetriebe	3. Beschäftigte Personen	4. Davon weiblich	5. Alleinbetriebe d. h. ohne Hilfskräfte	6. Beschäftigte Arbeiter überhaupt	7. Davon in Schneiderei und Näherei
599 769	136 176 = 22,7% von A1	1 427 657	745 646 = 52,2% von A3	393 397 = 65,6% von A1	851 072 = 59,5% von A3	578 157 = 67,9% von A6

B. Gliederung der Betriebe:

Kleinbetriebe bis 5 Personen (einschl. Alleinbetriebe)		Mittelbetriebe 6—50 Personen		Großbetriebe 51 und mehr Personen	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Zahl der		Zahl der		Zahl der	
Betriebe	beschäftigten Personen	Betriebe	beschäftigten Personen	Betriebe	beschäftigten Personen
572 008 = 95,3% von A1	832 091 = 58,2% von A2	25 648 = 4,2% von A1	300 242 = 21% von A2	2113 = 0,3% von A1	295 324 = 20,6% von A2

Das Bekleidungsgewerbe ist demnach zum großen Teil noch **Kleingewerbe**. Es entfallen im Durchschnitt auf den „Betrieb" nur 2,38 beschäftigte Personen, und gar nur je 1,41 Arbeiter. Nur 206 372 Betriebe beschäftigen überhaupt fremde Hilfskräfte. Und diese beschäftigen im Durchschnitt nur je 4,12 Arbeiter.

Läßt man diese Zahlen auf sich wirken, so erkennt man sogleich, daß bei dieser riesigen Zersplitterung das Gewerbe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders zu leiden hat. Die Jagd um den einzelnen Kunden läßt gesunde Geschäftsprinzipien in den Hintergrund treten. Und andererseits auch wieder bringt diese Zersplitterung eine Verteuerung des Produktionsapparates und der Produktion selber.

Am schwersten aber leidet in solchen Zeiten naturgemäß die **Arbeiterschaft**. Lohndruck und unsichere Arbeitsverhältnisse sind ihr Los. Daß bei dieser Sachlage die gewerkschaftlichen Organisationen außerordentlich zu kämpfen haben, versteht sich von selbst. Wenn demgegenüber unsere Organisation in ihrem Jahresbericht noch sehr erfreuliche Posten aufweisen kann, so ist dies Beweis dafür, daß allseits pflichtbewußt und eifrig an der Lösung der uns gestellten Aufgaben gearbeitet wurde.

Ein Wort zur **Produktionsleistung** des Gewerbes. Leider liegen für das Bekleidungsgewerbe **keine genauen Produktionsstatistiken**, sondern nur Teilstatistiken vor. Aus ihnen Schlüsse für die Gesamtproduktion zu ziehen, ist nicht möglich. Dagegen ist ein Vergleich der Entwicklung der **Außenhandelsziffern** für Kleider und Wäsche recht interessant. Wenn wir davon ausgehen, daß der Wert der Ausfuhr an Kleidern und Wäsche 1913 etwa 150—160 Millionen betrug, so verdient die nachstehende Entwicklungsstatistik der letzten Jahre besondere Beachtung. Man darf dabei die Geldentwertung nicht übersehen. Wir bringen in der Statistik die Aus- und Einfuhr.

	1925	1926	1927	1928	1929
Wert der Ausfuhr	96 280 000	105 502 000	141 603 000	154 200 000	160 100 000
Anteil an der Gesamtausfuhr	1,0 %	1,0 %	1,3 %	1,3 %	1,1 %
Wert der Einfuhr	6 259 000	7 887 000	15 899 000	24 768 000	?
Anteil an der Gesamteinfuhr	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	?

Wie aus der Statistik hervorgeht, haben wir die Ausfuhr von 1913 kaum nominell, relativ noch lange nicht erreicht. Das bedeutet bei unserer rapide gewachsenen Produktion, daß wir gegenüber der Vorkriegszeit mit der Ausfuhr im Anteil an die Gesamtproduktion auf etwa 50—60 Proz. zurückgegangen sind.

Damit wollen wir das allgemeinwirtschaftliche und berufswirtschaftliche Gebiet verlassen. In einem zweiten Artikel wird einiges zu sagen sein über die uns interessierende **Sozialgesetzgebung**, die **innerorganisatorischen** Arbeiten des Verbandes, namentlich aber über die **Lohn- und Tarifbewegungen**, den **Rechtsschutz**, das **Bildungswesen** usw.

Vom gesundheitlichen Wert der Freude

Von Dr. Bella Kalb-Müller (München)

Ein Mensch ist so stark, wie er freudig sein kann, sagte einmal der große Arzt und Menschenfreund Karl Ludwig Schleich. In diesem Ausspruch kommt eine tiefe Erkenntnis unseres Lebensbedürfnisses zum Ausdruck. Unentbehrlich ist die Freude für die körperliche und seelische Gesundheit. Sie ist eine Lebenskraft und eine unschätzbare Arbeitsgehilfin. Vergegenwärtigt man sich, wie die Freude rein körperlich in Erscheinung tritt, wie sie das Herz, die gesamte Muskulatur zu erhöhter Tätigkeit anregt, so daß man vor Freude springen mag, wie der Atem rascher geht, wie selbst in ein vergrämtes, blasses Gesicht frische Röte steigt, so wird man an dem unmittelbaren Lebenswert der Freude nicht zu zweifeln brauchen. In wunderbarer Weise offenbart sie sich geistig-seelisch in einer Steigerung der Vorstellungstätigkeit, einer Beschleunigung des Gedankenablaufs und einer beseligenden Empfindung von Lust am Leben. Viele Zusammenhänge hellen sich plötzlich auf, manche Einsicht kommt; was lange unverarbeitet blieb, woran man lange krankte, kurz, womit man nicht fertig werden konnte, erscheint plötzlich einfach, läßt sich unter dem Einfluß der Freude.

Es ist nun einmal Tatsache, daß das moderne Leben sich unter starkem Hochdruck abspielt. Dieses Leben in steter Anspannung erzeugt eine eigenartige „Krankheit", die nur wenigen unbekannt bleibt, die große Freudenverderberin Nervosität. Sie ist die Antwort auf eine Unzahl von Schädigungen des Nervensystems. Die Grundforderungen der Hygiene, Reinlichkeit, Luft, Licht und gute Ernährung versteht man gewöhnlich lediglich in bezug auf den Ausgleich oder Vermeidung körperlicher Schädlichkeiten. Aber es ist ein „Etwas" in uns, das uns sich freuen läßt, das uns lachen und trauern, lieben, glauben und hoffen macht. Unsere Seele, auch sie braucht ihre Hygiene. In dumpfen, dunklen Räumen werden wir hoffnungslos und traurig. Die seelische Nahrung aber, das sind unsere Gedanken. Gute und freundliche Gedanken braucht die Seele zu ihrem Gedeihen. Sie wirken belebend und aufbauend wie richtig gewählte Nahrung. Und wie der Körper durch unzuträgliche Kost geschädigt wird und er viel gesunde Kraft verbrauchen muß, um sich jener wieder zu entledigen, so wirken Nörgelei, Verbitterung, alle Gedanken, die die Freude nicht aufkommen lassen, zerstörend auf unsere Seele ein. Selbst gewissenhafteste Befolgung gesundheitlicher Ratschläge bringt nur halben Nutzen, wenn nicht die treibende Kraft der Freudigkeit mitwirkt. Dies zu wissen, genügt aber nicht, immer aufs neue muß die Freude betätigt werden, soll sie wirklich uns beleben. Am vollkommensten geschieht das beim Kinde, das bei der Tätigkeit des Spiels selig und heiter bleibt und keines besonderen Anlasses zur Freude bedarf. Während aber mit dem Beginn der Schulpflichten alle Neigung zu Angst und Traurigkeit zum Durchbruch kommt, schwindet die Freudigkeit immer mehr. Als Erwachsene müssen wir von neuem lernen, was das gesunde Kind in vollkommener Weise uns täglich vorlebt —, wir müssen lernen, uns freuen. Doch sind diejenigen Dinge, die uns die Freude vermitteln, nicht zu verwechseln mit Vergnügungen und Genüssen aller Art. „Tiere können genießen, aber nur Menschen heiter sein."

Finden wir unsere Freude in der einfachen Erfüllung der täglichen Pflichten, so braucht kein Tag zu vergehen, an dem wir uns nicht gefreut haben. Ist man in seinem Innern bereit, sich zu freuen, so ist auch eine Kleinigkeit imstande, uns Freude zu gewähren. Und wenn Trübseligkeit und Mißmut uns erfassen wollen, so gewähren ein paar Stunden in freier Natur ein Wiederfinden mit sich selbst. Auf diese Weise betätigen wir uns in der Fähigkeit, uns immer aufs neue zu freuen. Die Freudigkeit wird zur täglichen Wirklichkeit, sie verstärkt sich in uns und führt schließlich zu einer hohen Menschlichkeit, aus der die starken Kräfte strömen, die die Not der Seele und des Körpers zu meistern imstande sind. Fragen wir uns, worin denn Menschlichkeit mit ihrer starken Macht eigentlich beruht, so erinnern wir an einen Ausspruch Goethes, der heißt: „Der wahre Mensch ist die Menschheit". Es ist wohl damit gemeint, daß erst dann der Mensch seine ganzen Kräfte entfaltet, so daß er sich selbst helfen kann, wenn er sein eigenes Leben über sich selbst hinaus erweitert und es auch in den Dienst anderer zu stellen weiß. Solchen wahren Menschen erschließt sich im Freudespenden eine unversiegbare Quelle der Freude. Reich sind die Mittel, die dem Menschenfreunde hierbei zur Verfügung stehen. Ein gutes Wort, ein ermunternder Blick zur rechten Zeit, eine hilfreiche Tat, ein Verstehen hier, ein Verzeihen dort. „Verlasset das Dunkel der Nacht, strebet dem Lichte zu!" Verlassen wir das Dunkel der inneren Unzufriedenheit, des Zerwürfnisses mit dem Geschick und mit uns selbst, streben wir der Freude zu, indem wir lernen, sie zu finden in der schlichten Erfüllung der täglich an uns herantretenden Aufgaben, indem wir lernen, sie zu finden in dem, was die Natur ohne Unterschied jedem spendet, und im Dienst an anderen Menschen, im Freudebereiten.

Kündigung der Lohnabkommen für die Maßschneiderei

Die Gehilfenverbände haben die zentralen Lohnabkommen für die Herren- und Damenmaßschneiderei zum 15. März 1930 aufgekündigt. Gleichzeitig sind dem Adav die Forderungen zum Neuabschluß der Lohnabkommen zugestellt worden. Es werden für die einzelnen Städtegruppen nachstehende Spitzenlöhne in Vorschlag gebracht:

Herrenmaßschneiderei.

Städtegruppe	I . .	1,30 M.
„	II . .	1,24 M.
„	IIIa. .	1,20 M.
„	IIIb. .	1,12 M.
„	IVa. .	1,05 M.
„	IVb. .	1,00 M.
„	Va. .	0,95 M.
„	Vb. .	0,90 M.
„	VIa. .	0,86 M.
„	VIb. .	0,82 M.
„	VII . .	0,78 M.

Damenmaßschneiderei.

Städtegruppe	Männl. Arbeitnehmer Selbst. Damenschn.	Weibl. Arbeitnehmer Pos. B 1
I	1,43 M.	1,07 M.
II	1,36 M.	1,02 M.
III a	1,32 M.	0,99 M.
III b	1,23 M.	0,92 M.
IV a	1,15 M.	0,86 M.
IV b	1,10 M.	0,82 M.
V a	1,04 M.	0,78 M.
V b	0,99 M.	0,74 M.
VI a	0,95 M.	0,71 M.
VI b	0,90 M.	0,67 M.
VII	0,86 M.	0,64 M.

Die Staffelung der Stundenlöhne innerhalb der Ortslohnklassen bleibt unverändert.

★

Den Vorschlägen wurde folgender kurze Hinweis als vorläufige Begründung beigegeben:

„Das heutige Lohnniveau in der Herren- und Damenmaßschneiderei ist gemessen an allen vergleichbaren Löhnen anderer Berufs- und Industriegruppen außerordentlich zurückgeblieben und für die Leistungsansprüche viel zu niedrig. Das Zurückfallen der Lohnsätze gegenüber anderen Industrie- und Berufsgruppen ist auf die lange Dauer des jetzigen Lohnabkommens zurückzuführen.

Während in unserem Berufe seit dem Frühjahr 1927 eine einzige Lohnveränderung zu verzeichnen ist, erfuhren die Löhne der übrigen Arbeiterschaft größtenteils eine dreimalige Aufbesserung: die erste im Herbst 1927, die zweite im ersten Halbjahr 1928 und die dritte um die Jahreswende 1928/29 bzw. im Frühjahr 1929. Dadurch sind wir mit unseren derzeitigen Lohnsätzen so weit ins Hintertreffen geraten, daß wir im Vergleich zu den einzelnen Städten mit unseren Stundenlöhnen zumeist an letzter Stelle rangieren; in Mittel- und Kleinstädten sogar vielfach hinter der ungelernten Arbeiterschaft zurückbleiben.

Das trifft schon bei den Spitzenlöhnen in den einzelnen Städtegruppen zu, während das Bild bei den Staffellöhnen in der 2., 3. und 4. Ortsklasse noch wesentlich verschlechtert wird. Bekanntlich sind die Stundenlöhne in den anderen Industrie- und Berufsgruppen durchaus einheitlich, während bei uns durch die Staffelung Spannungen bis zu 12 Pfg. pro Stunde nach unten vorhanden sind.

Hat die Arbeiterschaft in der Herren- und Damenmaßschneiderei in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Gewerbe eine so große Bescheidenheit an den Tag gelegt, so kann ihr unmöglich ein längeres Zuwarten zugemutet werden, zumal sie den gleichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unterliegt und in ihren Verdiensten infolge der abgekürzten Saison wesentlich ungünstiger liegt als die übrige Arbeitnehmerschaft. Wir werden Gelegenheit haben, bei den kommenden Verhandlungen vorstehende Behauptung in jedem einzelnen Falle zahlenmäßig zu beweisen.

Bei dem Ausmaß unserer Forderung ist zu berücksichtigen, daß für die in Vorschlag gebrachte Arbeitszeitverkürzung, pro Woche um zwei Arbeitsstunden, ein Lohnausgleich vorgesehen ist. Derselbe beträgt auf den Stundenlohn umgerechnet 4,4%, so daß die eigentliche Lohnzulage nach unseren Vorschlägen im Durchschnitt 11% ausmacht. Gemessen an den heutigen niedrigen Stundenlohnsätzen und den damit verbundenen kargen Verdiensten stellen unsere Vorschläge eine durchaus billige Forderung dar, deren Begründung im einzelnen wir uns bei den kommenden allgemeinen Verhandlungen über die Neugestaltung der Reichstarifvertragsgemeinschaft vorbehalten."

★

Die Verhandlungen über den Rahmenvertrag sollen am 25. Februar und die folgenden Tage in Braunschweig unter dem Vorsitz des Kollegiums der Unparteiischen fortgesetzt werden. Bei der Gelegenheit wird dann auch über die Lohnforderungen verhandelt werden müssen.

Die „Rundschau" zur Lage im Maßschneidergewerbe

In der Nummer 6 der „Rundschau" vom 8. Februar 1930 wird in einem Artikel „Kritisches zur gegenwärtigen Lage" erneut versucht, die Abbauanträge des Adav zu rechtfertigen. Wie aus den Zeilen zu entnehmen ist, hat der Artikelschreiber an den Verhandlungen in Kassel teilgenommen. Darum wundert es uns, daß derselbe zur Stützung seiner Beweisführung Argumente gebraucht, die wir bereits in Kassel, aber auch schon vordem in unserer Zeitung, zerpflückten. Wir haben deshalb auch nicht vor, im einzelnen auf die Ausführungen in dem Artikel einzugehen. Das ist zwecklos, da anscheinend die Herren vom Adav — wenigstens jene, die es unternehmen, längst Widerlegtes immer wieder aufzutischen — Vernunftgründen nicht zugänglich sind. Nur ein paar grundlegende Bemerkungen wollen wir nochmals hierher setzen, damit die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, das Kampffeld zu verschieben.

Wir wiederholen gegenüber den letzten Verlautbarungen der „Rundschau", daß es nicht dasselbe ist, ob die Gehilfenschaft im Verlauf der letzten Jahre versucht hat, ihr Lohneinkommen den gesteigerten Lebenshaltungskosten anzupassen oder ob die Arbeitgeber nunmehr ohne jeden berechtigten Grund von der Gehilfenschaft fordert, Arbeitsaufwendungen an den Stücken ohne Entschädigung dafür zu machen. Solange die Arbeitgeberschaft nicht nachweist, daß die Gehilfen in der Lage sind, die von ihnen geforderte Arbeit in weniger Zeit herzustellen, als dies im Tarifvertrag vorgesehen ist, lassen wir über einen Abbau der Stundenzeiten nicht mit uns reden. Diesen Nachweis, der von uns mit Recht gefordert wird, können die Arbeitgeber nicht führen. Viel eher sind wir in der Lage, das Gegenteil nachzuweisen. Darum ist der Streit darüber, wer im Verlauf der letzten Jahre am meisten gefordert hat — die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber — vollkommen überflüssig. Noch nicht ein Arbeitgeber hat bisher gewagt, zu behaupten, daß die Lohneinkommen der Gehilfen zu hoch seien und deshalb einen Abbau vertrügen! Man kann eine solche Behauptung nicht aufstellen, weil man dann sehr bald Lügen gestraft würde. Unsere Erhebungen haben uns auch nach der Seite hin unbestreitbares Material geliefert. Einem Arbeiter jedoch von dem zu nehmen, was er unter allen Umständen zum Leben notwendig hat, ist in höchstem Grade unmoralisch. Wir haben bei unseren Lohnforderungen nie etwas von dem persönlichen Einkommen der Arbeitgeber gewollt, sondern stets den Standpunkt vertreten, daß ein Betrieb soviel abwerfen muß, daß davon auskömmliche Löhne gezahlt werden können. Tut er das nicht, dann hat das Unternehmen keine Berechtigung. Ein Arbeitgeber, der nur auf Kosten unzulänglicher Löhne Geschäfte machen kann, der darauf angewiesen ist, daß seine Arbeitskräfte einen Teil ihrer Arbeitskraft ohne Entgelt zur Verfügung stellen, steht am unrechten Platze. Für den wird es Zeit, daß er anderen das Feld räumt.

Bei

den letzten Kasseler Tarifverhandlungen zeigte es sich mit aller Deutlichkeit, daß, je

ungünstiger

die Konjunktur, um so größer die Gefahr eines Lohnabbaues ist. Die Arbeitgeber scheuen sich nicht, die ungünstige

Wirtschaftslage

als Mittel zum Lohndruck zu benutzen. Sie sehen nur ihr Geschäft, nicht aber die Not der Arbeiter. In solchem Abwehrkampfe

ist die Organisation

darauf angewiesen, die Arbeitnehmerschaft des Gewerbes einmütig hinter sich zu haben, wenn sie ihre Position behaupten will. Ein festgefügter Verband ist

das einzige Bollwerk

gegen Willkür der Arbeitgeber im Wirtschaftsleben. Nur durch eine gutfundamentierte Organisation wird es auch im Maßschneidergewerbe gelingen, einen erfolgreichen Kampf zu führen gegen Willkürherrschaft der Arbeitgeber und

gegen Lohnverschlechterungen!

Der oben zitierte Artikel enthält auch bestimmte Drohungen, die darauf hinauslaufen, daß, wenn die Wünsche der Arbeitgeber nicht bei den zentralen Verhandlungen befriedigt werden und zwar bald, dann ein Teil der Arbeitgeber dazu übergehen würde, sich selbst zu helfen, indem sie aus sich heraus die beantragten Verschlechterungen in ihren Geschäften durchführten. Der Verfasser des Artikels glaubt sogar, daß dann die Gehilfen mehr Haare lassen würden, als dies bei vernünftigem Entgegenkommen und bei zentraler Vereinbarung der Fall wäre.

Demnach scheint der Verfasser der Auffassung zu sein, daß die Differenzen auch durch einen Kleinkrieg zu beseitigen wären, und er rechnet von vornherein damit, daß die Gehilfen den Krieg verlieren würden. Wir wissen nicht, wie der Verfasser für einen solchen Fall die Chancen für beide Seiten berechnet hat, aber das wissen wir, daß die Arbeitgeber, die eine solche Taktik anwenden und dabei auch einen Erfolg davontragen würden, in 90 von 100 Fällen sich eines solchen Erfolges keine sechs Wochen erfreuen könnten. Die Zeiten sind vorbei, und zwar endgültig, wo es den Arbeitgebern im Maßschneidergewerbe möglich war, ihre Gehilfen auch nur für eine Saison zu Lohnbedingungen zu beschäftigen, die von ihnen diktiert waren.

Der Artikelschreiber hätte deshalb gut daran getan, das Fell des Bären nicht schon vor der Jagd zu verteilen, sondern zunächst einmal abzuwarten, wie weit er denn mit seinem Feldzugsplan kommen wird. Oder bildet er sich ein, die Gehilfenschaft würde sich einfach das Fell über die Ohren ziehen lassen und nicht zu dem Zeitpunkt, den sie für richtig hält, zum Gegenangriff übergehen und dann mit den gleichen Waffen kämpfen, welche die Arbeitgeber vor ihnen gebrauchten? — Also, verehrter Herr R . . ., merken Sie sich, daß alles seine zwei Seiten hat und daß man in allen Fällen, wo man einen ebenbürtigen Gegner hat, die Strategie des Kampfes nicht allein von seinem eigenen Blickfeld aus bestimmen darf. Man läuft sonst leicht Gefahr, mit seinen eigenen Waffen geschlagen zu werden.

Rückgang der Heimarbeit in Deutschland

Zu den Schwierigkeiten, die von jeher das Arbeitsschicksal des Heimarbeiters ungünstig beeinflußten, ist in den letzten Jahren eine weitere für den Heimarbeiter bedrohliche Erscheinung hinzugekommen: die Rationalisierung.

Es liegen jetzt für das Jahr 1928 die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten vor, aus denen im Reichsarbeitsblatt soeben das wesentliche zur Lage der Heimarbeiter in Deutschland mitgeteilt wird. Daraus geht hervor, daß fast überall ein Rückgang der Heimarbeiter in Deutschland zu beobachten ist. In Bayern ist die 1928 gemeldete Zahl um 22 923 niedriger als die 1906 ermittelte; sie ist um fast 50 v. H. gesunken. Im Freistaat Sachsen ergab die Zählung vom 1. August 1928 rund 92 000 Heimarbeiter gegenüber 93 700 im Jahre 1927. In Thüringen sind die Heimarbeiter um rund 11 v. H. zurückgegangen, ebenso ist in Anhalt und in Lippe-Detmold ein Rückgang festzustellen. Auch in Ländern, in denen keine allgemeine Zählung, sondern nur Zählungen für bestimmte Gewerbe stattgefunden haben, wurde meist ein Rückgang ermittelt, so z. B. in der badischen Uhrenindustrie.

Zur Rationalisierung als einem der Hauptgründe des Rückganges heißt es u. a., daß im Regierungsbezirk Stettin modern eingerichtete Großbetriebe der Konfektion mehr und mehr dazu übergehen, die Zahl der Werkstattarbeiter zu vermehren, dagegen die Heimarbeiter abzubauen. Die Verdrängung der Handarbeit im hausgewerblichen Betrieb durch die Maschine im Großbetrieb wiederholt sich in einer großen Reihe von Gewerben.

Soweit vergleichbare Lohnangaben vorliegen, kamen nach den Berichten folgende Stundenlöhne vor: Posamenten im Erzgebirge 15 bis 30 Pf., Hätelei in Nieder- und Oberschlesien 22 Pf., Tapisserie in Berlin und Provinz Brandenburg 23—55 Pf., in Nieder- und Oberschlesien 22—35 Pf., Damen- und Kinderwäsche in Berlin und Provinz Brandenburg 54 Pf. In Hamburg sind als Durchschnittslöhne für Heimarbeiter ermittelt worden in der Gummimantelherstellung 75 Pf., Damen- und Kinderschneiderei 48 Pf., Wäscheschneiderei 40 Pf. stündlich.

Es muß zugegeben werden, so heißt es im Reichsarbeitsblatt, daß manche dieser Entgelte trotz der Bemühungen der Fachausschüsse immer noch sehr niedrig sind, weil die Fachausschüsse in manchen Heimarbeitszweigen nur mit größter Vorsicht an Lohnerhöhungen herangehen können.

Johann Giesberts 65 Jahre alt

Der 3. Februar 1930 war für die christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein freudiger Tag. Einer ihrer Vorkämpfer und Bahnbrecher, Johann Giesberts, wurde an diesem Tage 65 Jahre alt. Seine Lebensgeschichte und seine Verdienste sind mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufs innigste verknüpft.

Giesberts wurde am 3. Februar 1865 in Straelen geboren. Er erlernte das Bäckerhandwerk und arbeitete dann in Ziegeleien und Oelmühlen. Nach seiner Militärzeit kam er 1891 in die Eisenbahnzentralwerkstätten in Köln-Nippes. Von da ab datiert seine Tätigkeit in der christlichen Arbeiterbewegung. Seine Fähigkeiten und seine Bedeutung, die man bald erkannte, zeigten sich schon darin, daß er schon im Jahre 1897 als Vertreter zur Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Zürich geschickt wurde. Im Jahre 1899 wurde er der Schriftleiter der neugegründeten „Westdeutschen Arbeiterzeitung". Nachdem sich bereits im Jahre 1903 seine politischen Fähigkeiten als Stadtverordneter in M.Gladbach bewährt hatten, wurde er zwei Jahre später für den Wahlkreis Essen in den Reichstag und im nächsten Jahre dazu in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Hier leistete er vor allem auf dem Gebiete der Sozialpolitik für die Arbeiterbewegung große und erfolgreiche Arbeit. Sein politisches Können und seine Erfahrung veranlaßten die deutsche Regierung im Jahre 1918, dem Abgeordneten Giesberts eine leitende Stellung im Reichswirtschaftsamt zu geben. Hier arbeitete er als Beirat für sozialpolitische Arbeiterfragen. Als neugewähltes Mitglied der Nationalversammlung übernahm er im Februar 1919 das Reichspostministerium, das er bis November 1922 innehatte.

Diese erfolgreiche politische Laufbahn hat ihn nicht daran gehindert, innerlich derselbe zu bleiben und sich ein mitfühlendes Herz für die Arbeiter zu bewahren. Er hat seine Herkunft nie verleugnet. Und deshalb sind auch alle Arbeiter in „Hannes" Giesberts verliebt. Als aufrechter Charakter und in seiner Treue zur christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steht er als Vorbild vor allen. Wir wünschen, daß er noch recht viele Jahre in Frische und Gesundheit unter uns sein möge.

Ortsgruppenberichte

Augsburg. Die Generalversammlung der Ortsgruppe fand am 18. Januar in der Gaststätte Häring statt. Vorsitzender, Kollege Brendler, konnte eine gutbesuchte Versammlung begrüßen. Nach Verlesung des Protokolls, welches ohne Widerspruch angenommen wurde, erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. In demselben spiegelte sich die rege Tätigkeit der Ortsgruppe wieder. Die Versammlungen dienten zur gewerkschaftlichen Schulung und Bildung der Mitglieder. Durch die Versetzung des Kollegen Knöpfle blieb das Sekretariat längere Zeit verwaist. Die Mitarbeiter hatten dadurch mehr Arbeit und Verantwortung. Es sei deshalb allen, die mitgear-

leitet haben, herzlich gedankt. Die Mitgliederbewegung kann trotz des nicht besonders günstigen Geschäftsganges als befriedigend bezeichnet werden. In einer Reihe von Streitfällen wurde der Rechtsschutz der Organisation in Anspruch genommen. Verschiedenen Kollegen wurde dadurch zu ihrem Recht verholfen. Der Kassenbericht zeigte, daß die Kasse mustergültig geführt wurde. Im Revisionsbericht wurde das anerkennend hervorgehoben.

Zur Wahl hat der Vorsitzende, von seiner Person abzusehen. Aus familiären Gründen könne er eine Wiederwahl nicht mehr annehmen. Ihm sowie allen übrigen Mitgliedern des Vorstandes wurde für die geleistete Arbeit vollste Anerkennung ausgesprochen. Zum ersten Vorsitzenden wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege Bronner, gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Raab wies auf die notwendige Zusammenarbeit hin. Die Verhandlungen in der Maßschneiderei werden unsere gewerkschaftliche Kraft erneut auf die Probe stellen. Wir müssen deshalb immer besorgt sein, unsere Reihen durch Gewinnung neuer Mitglieder und unsere Kasse durch pünktliches Beitragszahlen zu stärken. Nur eine starke christliche Berufsorganisation kann in Zukunft die wirtschaftlichen und sozialen Belange fördern.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und nach aufmunternden Worten des Vorsitzenden, auch im neuen Jahr wieder tatkräftig mitzuarbeiten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Lindenberg (Hutarbeiter) Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar statt. Kollege Karl Lerch erstattete den Geschäftsbericht. Das abgelaufene Jahr war für die Verwaltungsstelle arbeitsreich. Eine Reihe gewerkschaftlicher Erfolge konnte erzielt werden. Wenn auch die Lohnverhandlungen manchmal unter beengenden Verhältnissen litten, so dürfte trotzdem das Möglichste erreicht worden sein. Die gewerkschaftliche Tätigkeit hat unter den schwierigen Verhältnissen nichts an Lebenskraft eingebüßt. Die Mitgliederzahl hat sich gehoben. Die Kassenverhältnisse sind wesentlich besser geworden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt und ihm der Dank für die Mühewaltung ausgesprochen.

Hierauf sprach Kollege Seibold (München) über die geplante Einführung einer Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe im Verbande und gab zu der Vorlage des Zentralvorstandes Erläuterungen. Die Vorstandswahl, die unter Leitung des Kollegen Seibold stattfand, ergab durchweg die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Seibold sprach der Vorstandschaft für die bisherige Verwaltung seinen Dank aus, bat aber auch die Mitglieder um gute Zusammenarbeit mit dem Vorstande. Er nahm dann noch eingehend Stellung zu der in letzter Zeit vom Deutschen Hutarbeiterverband eingenommenen Haltung zur Frage der Ueberstundenleistung. Die Organisation müsse sich besondere Schritte hiergegen vorbehalten. Hierauf konnte der Vorsitzende, Kollege Prestele, die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Mannheim. Am 30. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war gut besucht. Kollege Retzbach erstattete den Geschäftsbericht und der Kassierer, Kollege Volk, den Kassenbericht. Die regelmäßig abgehaltenen Versammlungen zeigten in bezug auf Besuch und Behandlungsgegenstände einen recht regen gewerkschaftlichen Geist. So konnten auch als Vertreter der Jugendgruppe zwei Kollegen den Reichsjugendtag in Köln besuchen. Einem schon sehr lange kranken Mitglied, der überall ausgesteuert ist, konnte durch die Opferwilligkeit der Mitglieder mehrfach ansehnliche Geldbeträge zur Linderung seiner Not überreicht werden. Am Arbeitsgericht waren einige Prozesse notwendig, um unsere Mitglieder vor unterlariflicher Bezahlung zu schützen. Die Erledigung der Kassengeschäfte erfolgte in guter Ordnung. Auch hier zeigte sich gute gewerkschaftliche Disziplin, trotzdem viele Mitglieder durch langanhaltende Arbeitslosigkeit auch nicht auf Rosen gebettet sind. So konnte dem alten Vorstand unter vollster Vertrauenserklärung einstimmig Entlastung erteilt werden

Vor der Neuwahl gedachte der Bezirksleiter in ehrenden Worten der drei anwesenden Jubilare, Kollegen Retzbach, Ott und Meder. Gut fünfundzwanzig Jahre gehören diese Kollegen unserem Verbande an, den größten Teil dieser Zeit haben sie in vorderster Reihe der Ortsgruppe Mannheim gestanden. Die offizielle Ehrung war bereits im größeren Rahmen einer Festveranstaltung am 19. Januar erfolgt. Mit einem herzlichen Dank der Bezirksleitung an die Jubilare für alles das, was sie in den fünfundzwanzig Jahren der Ortsgruppe gaben, verband der Bezirksleiter die Bitte an die Jugend, sich stets ein Vorbild an den Taten dieser pflichtbewußten Kollegen zu nehmen. Kein Wunder, wenn bei der Neuwahl des 1. Vorsitzenden Kollege Retzbach einstimmig wiedergewählt wurde. Unsere Mannheimer Mitgliedschaft weiß, daß sie in ihm einen tatkräftigen Sachwalter ihrer Interessen hat. Das gleiche Vertrauen wurde durch einstimmige Neuwahl dem Kassierer, Kollegen Volk, bezeugt. Zur Besetzung der übrigen Vorstandsämter erklärten sich die vorgeschlagenen Kollegen freiwillig bereit.

Bei der Urabstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe erklärte sich die Mehrzahl für Einführung dieses Unterstützungszweiges. Nur eine schwache Minderheit war dagegen. Wenn auch die Vorlage nach Ansicht der Mitglieder manche weitergehende Wünsche der Mitgliedschaft unberücksichtigt lasse, so hoffe man auf eine baldige Ausgestaltung der Einrichtung, und so siegte der solidarische Gemeinschaftsgedanke.

Ueber den Ausgang der zentralen Verhandlungen in der Maßschneiderei wurde vom Bezirksleiter eingehend Bericht erstattet. Besonders wurden die Anweisungen der Zentralleitung eingehend besprochen. Für deren Durchführung erklärte sich die gesamte Mitgliedschaft bereit. So konnte der Vorsitzende mit einem herzlichen Dankeswort an alle die sehr gut verlaufene Versammlung zur Mitternachtstunde schließen.

M.Gladbach. Unsere Ortsgruppe veranstaltete am 1. Februar eine gut gelungene Familienfeier. Der Besuch war sehr gut. Aus Hardt waren allein 31 Teilnehmer erschienen. Die Festansprache hielt Kollege Frenken. Ausgehend von dem Gedanken, daß es den Gewerkschaften vergönnt sein müsse, neben ihrer ernsten Arbeit auch einmal ein paar Stunden der Geselligkeit und dem Frohsinn zu widmen, stellte er insbesondere die große Aufgabe der Arbeiterfrau im Ringen der Arbeiterschaft um den sozialen Aufstieg heraus. Soll der Aufstieg gelingen, so muß die Frau des Gewerkschaftlers Verständnis zeigen für die Idee der Gewerkschaftsbewegung, für die sozialen Bestrebungen überhaupt. Als Verwalterin des größten Teiles des Lohneinkommens hat sie die Aufgabe, die Bedürfnisbefriedigung in richtiger Rangordnung vorzunehmen. Die Ausgaben im Arbeiterhaushalt dürfen nicht nach Zufälligkeiten gemacht werden. Immer ist davon auszugehen, wie die Lebenslage der Familie am besten gehoben werden kann. Darüber hinaus kann die Frau wesentlich dazu beitragen, daß der Lohn des Mannes nicht wieder kapitalistischen Unternehmungen zugeführt wird, indem sie ihre Einkäufe, soweit als irgend möglich, in den genossenschaftlichen Unternehmungen der christlichen Arbeiterschaft vornimmt. Wie die Frau in der Ehe die treue Gefährtin des Mannes ist, so muß sie auch im gewerkschaftlichen Zielstreben Schulter an Schulter mit dem Manne kämpfen.

Die größte Aufgabe hat die Frau als Mutter in der Erziehung des Nachwuchses. Kommt es doch darauf an, schon in dem Arbeiterkinde ein Gefühl für Ehre und Freiheit des Arbeiterstandes zu wecken und zu pflegen. Im Arbeiterkinde muß Tatkraft und Wollen zum sozialen Aufstieg geweckt werden; es muß eingestellt werden auf die großen Aufgaben und Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Materielle Güter werden wir unseren Kindern wenige hinterlassen können, aber gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine gute Organisation, welche die Möglichkeit zum weiteren sozialen Aufstieg gibt, kann und muß unser Erbe sein. An dem Gelingen unserer Aufgaben müssen alle -- Männer und Frauen — mitarbeiten. Mit vereinten Kräften gilt es danach zu streben, die Arbeiterschaft von der dunklen Schattenseite des Lebens hinzuführen zu den lichten Höhen, zu wahrhaft sozialer Gerechtigkeit.

Reicher Beifall lohnte den Redner. Der übrige Teil des Programms bestand in Musik, Gesang, Reigen, Theateraufführung und Tanz. Der Abend verlief in bester Harmonie. Kollege Müstes, als Leiter der Veranstaltung, sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß die Mitglieder sich zu den gewerkschaftlichen Versammlungen ebenso zahlreich einfinden möchten wie zu dieser geselligen Veranstaltung.

Speyer. Unsere Generalversammlung am 25. Januar war gut besucht. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1929 war für die Organisation ein arbeitsreiches, reich vor allem an Kampf um die Sicherung der Existenzgrundlage der Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit war im ganzen Jahre außerordentlich groß. Dies machte sich insbesondere auch am Beitragsaufkommen bemerkbar.

Im letzten Jahre konnten wir das Fest des fünfundzwanzigjährigen Bestehens unserer Ortsgruppe feiern und dabei sechs Jubilaren die verdiente Ehrung zuteil werden lassen. Anschließend an das Fest fand hier die letztjährige Konferenz für den 2. Bezirk statt, an der auch unser Zentralvorsitzender teilnahm. Kurz darauf folgte die Wimpelweihe unserer rührigen Jugendgruppe. Am Reichsjugendtreffen in Köln beteiligten sich 10 Kollegen. Unsere Jugendgruppe hat einen Fachkursus eingerichtet, der wöchentlich einmal unter der Leitung des Jugendleiters, Kollegen Kapp, stattfindet und bei den Jugendlichen großes Interesse gefunden hat.

Mit einer hiesigen Firma stehen wir seit längerer Zeit in Lohndifferenzen, die leider bis zum Jahresschluß noch nicht beseitigt werden konnten. Wir werden aber auch damit sicher zu einem guten Ende kommen, wenn unsere Kollegen treu zur Organisation halten.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: 1 Vorsitzender J. Abel, 2. Vorsitzender Anton Schmid, Kassierer Christian Korz, Schriftführer K. Seiler. Die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Abel zum 1. Vorsitzenden wurde mit großem Beifall begrüßt. Er hat sich durch seine langjährige mustergültige Tätigkeit als Vorsitzender großen Dank und das Vertrauen aller Mitglieder gesichert. Leider mußte unser bewährter Kassierer aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnen. Auch ihm sei Dank und Anerkennung für seine aufopfernde und gewissenhafte Tätigkeit ausgesprochen.

Bei der Abstimmung über die Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe ergab sich eine Mehrheit für die Einführung dieser Unterstützungszweige. Im Schlußwort dankte Kollege Abel allen Mitarbeitern und forderte die Mitglieder auf, auch im neuen Geschäftsjahre dem Verbande die Treue zu halten, damit der Verband erfolgreich an der Verbesserung der Lage seiner Mitglieder arbeiten könne.

Bekanntmachung

Kurz vor Redaktionsschluß konnte das Gesamtergebnis der Urabstimmung über die Vorlage des Zentralvorstandes betreffend Einführung einer Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe festgestellt werden. Die Abstimmung hat eine knappe Mehrheit gegen die Einführung dieser Unterstühungszweige ergeben. Damit ist die Vorlage abgelehnt. Seitens des Geschäftsführenden Vorstandes wird zu diesem Ergebnis noch in einem besonderen Artikel Stellung genommen.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Köln, Aloys Blens (Buch-Nr. 18 406) und Karl Urbach (Buch-Nr. 62 930) sind auf Antrag der Ortsgruppe Köln seitens des Zentralvorstandes auf Grund des § 5, Kapitel C (organisationsschädigendes Verhalten) aus dem Verbande ausgeschlossen worden.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Bernh. Boecker.

Rundschau

Die Kosten waren nicht so hoch.

In der Nummer 3 unserer Zeitung brachten wir unter „Rundschau" eine Notiz über ein „Fest der Berliner Bauhütte, die wir der „Sozialwirtschaftlichen Korrespondenz" entnommen hatten. Diese stützte sich auf eine Mitteilung der Zeitung „Berlin am Morgen".

Nunmehr teilt die „Sozialwirtschaftliche Korrespondenz" mit, daß die in der Notiz enthaltenen Angaben über die Kosten des Festes von der Bauhütte bestritten werden. Nach den Angaben der Bauhütte hätten sich die gesamten Kosten des Festes auf nur 4200 RM. gestellt. Außerdem waren der Wohlfahrtskasse des Betriebes 10 000 RM. überwiesen worden.

Der „Bekleidungs-Arbeiter" glaubte, uns in seiner Nummer 7 vom 15. Februar wegen der obengenannten Notiz anrempeln zu müssen. Dieser Anrempelung hätte es nicht bedurft. Vorstehende Berichtigung war nämlich schon geschrieben, bevor uns die Nummer 7 des „Bekleidungs-Arbeiter" zu Gesicht kam. Die Aufregung war also zwecklos. — Ob auch der „Bekleidungs-Arbeiter" immer so objektiv ist, als wie er sich gerne gibt? — Unsere Erfahrung, auch noch die der letzten Zeit, geht nach der anderen Seite.

Baumwolle immer noch der begehrteste Textilrohstoff.

Bei oberflächlicher Beobachtung will es scheinen, als ob die Kunstseide der Baumwolle längst den Rang abgelaufen habe. Tatsächlich aber ist auch heute noch die Baumwolle der bedeutendste Rohstoff unter den Spinnstoffen. Die jährliche Welterzeugung an Baumwolle beträgt 6,3 Millionen Tonnen, danach kommt Jute mit 2,2 Millionen Tonnen, Wolle mit 1,4 Millionen Tonnen, Hanf mit 702 000 Tonnen (1913 nur 500 000 Tonnen), Flachs mit 511 000 Tonnen (1913: 730 000 Tonnen), Hanf mit 200 000 Tonnen, dann erst kommt die Kunstseide mit 187 000 Tonnen, die allerdings unter allen Textilstoffen die stärkste Aufwärtsentwicklung erlebt hat, und von 8000 Tonnen im Jahre 1913 auf 187 000 Tonnen im Jahre 1929 emporgeschnellt ist. Die jährliche Menge an Naturseide, die gegenüber der Kunstseide einen schweren Stand hat, sich aber durch Verbilligung und Qualität zu behaupten sucht, beträgt 52 000 Tonnen.

Beitragsleistung

Der 9. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 23. Februar bis 1. März, der 10. für die Woche vom 2. bis 8. März.

Gedenktafel

†

Es starben unsere treuen Mitglieder:

Leonhard Helmling, Niederliebersbach,
Joseph Wild, Ravensburg.

Letzterer war Mitbegründer der Ortsgruppe Ravensburg.

Wir werden den lieben Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

ZUSCHNEIDE-SCHULEN

des Verbandes der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 86/88

Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt der gesamten Herren- u. Damengarderobe

Beginn der Tageskurse am 1. und 15. eines jeden Monats.

Unterrichtet wird täglich von 9 Uhr vorm. bis 1½ Uhr nachm.

Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.

Lehrbücher zum Selbstunterricht für die Herren- und Damenschneiderei, — Schnittmusteranfertigung nach Maß, — Normalschnitte einzeln und in Serien. — Prospekte gratis und franko.

Mitglieder sämtlicher Verbände erhalten Rabatt.

Priv. Zuschneide-Schule der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen

Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst

Beginn neuer Kurse am 1. und 15. jeden Monats

SOEBEN ERSCHIENEN:

Handbuch für die Herrengarderobe

Konfektion, Uniformen, Amtstrachten, Berufskleidung

Ausgabe VII, 350 Seiten Inhalt, über 350 Darstellungen

Modernst. Nachschlagewerk, zum Selbstunterricht geschrieben

Preis: 20.- Mark

Prospekte durch die Geschäftsstelle, Köln a. Rh., Neumarkt 27/29

Rotationsdruck: Kölner Görres-Haus G. m. b. H., Köln. Verantwortlich für die Redaktion: H. Wullen; für den Verlag: B. Boecker; beide in Köln.